

Liebe Menschen vom Behindertenbeirat

Hier kommt meine Kommentierung Eurer Forderungen:

Umfassende Barrierefreiheit städtischer Theater, Vorstellungs- und Konzerträume

erscheint mir besonders wichtig, weil das Recht auf kulturelle Teilhabe logischerweise auch ein Recht von Menschen mit Behinderungen ist. Zu oft sind diese von Veranstaltungen ausgeschlossen oder erhalten Plätze in die hintersten Reihen (in der Olympiahalle z.B. wo das besonders beeinträchtigend ist, kommt das immer wieder vor).

Im Kommunalwahlprogramm der LINKEN fordern wir außerdem: Kostenfreien Zugang für finanziell benachteiligte Menschen zu kulturellen Einrichtungen und sportlichen Events

Öffentliche „Toiletten für Alle“ flächendeckend in München

befürworte ich uneingeschränkt, weil Rollstuhlfahrer*innen wir so gut wie nirgends auf die Toilette gehen können. Mit dem Rolli kann mensch kaum einen Abend planen, weil fast nie an Behindertentoiletten gedacht wurde. So müssen sich die Betroffenen entweder getränkelt durch den Tag oder Abend quälen, was aber gesundheitsgefährdend ist, oder sie müssen sich katheterisieren, oder Windeln für Erwachsene tragen, was auch zu einem peinlichen Geruchsproblem führen kann. Außerdem müssen sie oft ewig weit fahren, wenn sie unterwegs eine Toilette brauchen; es gibt noch viel zu wenig öffentliche Toiletten, die mit dem sogenannten Euroschlüssel, aufgesucht werden können. Außerdem berichten mir Betroffene von peinlichen Situationen, weil die automatischen Verriegelungen sich schneller öffnen, als Menschen mit Einschränkungen für den Toilettengang benötigen.

Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit aller Verkehrsmittel des ÖPNV für Menschen aller Behinderungsarten

ist für die Mobilität von Menschen mit Behinderungen sehr wichtig. Menschen mit Handicap werden immer noch oft stehengelassen und nicht mitgenommen. Häufig werden sie von den Fahrern sogar noch angeschrien und angeschnauzt, als ob sie nur im Rolli sitzen würden, um anderen das Leben schwer zu machen... Ich weiß aus eigener Erfahrung mit Freund*innen, wie viele Probleme es mit den Bahnsteigen der Öffis gibt. Die Bahn spielt da nochmal eine extra unrühmliche Rolle, die barrierefreies Reisen verhindert, weil der Mobilitätshilfesservice unterirdisch schlecht ist. Die Punkte mit den Ansagen usw. machen Sinn und wären für Blinde äußerst hilfreich.

Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand

ist insbesondere für Rollifahrer*innen dringend nötig. Viele kommen selbst nicht ohne Hilfe mit dem Rolli aus dem Haus und noch schwerer wieder rein. Der Helfer einer behinderten Freundin ist derzeit krank und so musste sie Passant+innen bitten, ihr aus dem Haus zu helfen, damit sie ihre TERMINE wahrnehmen kann. Immer wenn ihr Assistent keine Zeit hat oder verreist ist oder eben krank, hat sie quasi Hausarrest, wenn sie es nicht schafft, sich anderweitig Hilfe zu organisieren. Das schränkt einen stark ein und es ist auch demütigend.

Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzbarkeit aller Münchner Schwimmbäder

ist teilweise schon ganz gut umgesetzt. Z.B. im Dantebad. Aber man hat dort nur eine Gemeinschaftsumkleidekabine (soviel ich weiß) und das ist für Menschen mit Behinderung eher unangenehm, da sie ja oft angestarrt werden. (Man könnte sich allerdings in der geräumigen Behindertentoilette umziehen, sollte dann aber darauf hingewiesen werden). Das Müllersche Volksbad wäre ein tolles Projekt für echte Inklusion, ist aber für Rollstuhlfahrer*innen wegen der Stufen unzugänglich. Man könnte nur mit dem Taxi so nah wie möglich ranfahren und die Betroffenen dann reinschleppen. Innen gibt es für Schwerbehinderte kostenlose Kabinen am Becken, was wiederum positiv zu bewerten ist.

Diese Forderung ist natürlich auch von Bedeutung, damit Menschen mit Behinderungen sich auch

mal bewegen können. Schwimmen ist auch für viele der einzige "Sport", den sie ausüben können. Im Wasser ist vieles leichter. Eine Aktivistin sagte mir dazu: "Die sollen sich an uns gewöhnen. Wir sind auch da und wir haben ein Recht darauf." Da hat sie m.E. Recht. Die ewige Ausgrenzung muss aufhören. Auch Menschen mit Einschränkungen haben ein Recht darauf, gesehen und berücksichtigt zu werden und teilhaben zu können

Ein wirklich barrierefreies Hotel - Chancen in Freiam kurzfristig nutzen

Natürlich ist es zu befürworten, dass Menschen mit Behinderungen auch in München barrierefrei übernachten können sollen. Das Recht auf Inklusion endet oder beginnt nicht an der Stadtgrenze

Umfassende Barrierefreiheit städtischer Museen und des Tierparks

Selbstverständlich muss In Museen darauf geachtet werden, dass es auch Kleinwüchsige und Rollstuhlfahrer*innen gibt. Außerdem hätte das den positiven Nebeneffekt, das auch Kinder davon profitieren würden.

Einführung barrierefreier Citybusse für die Innenstadt

Bei elektrisch angetriebenen Rollis kann einem ja auch immer mal der Akku zur Neige gehen und da wären Citybusse natürlich hilfreich. Außerdem lassen sie sich sehr gut in unser Gesamtkonzept einer autofreien Innenstadt einbinden, die im Übrigen den öffentlichen Raum gerade auch für Menschen mit Behinderungen attraktiver und inklusiver werden lässt. Hier wäre aber auch wichtig, die Fahrer*innen im Sinne eines freundlichen Kundenservices zu schulen. Aktuell gibt es den einen oder die andere, die Rollstuhlfahrer*innen durchaus deutlich zu verstehen geben, dass sie das Ein- und Aussteigen nervt.

Schulsozialarbeit an allen Schulen, damit dort Inklusion wirklich gelingen kann

Die Inklusion von behinderten Kindern in Bayern wird bislang sehr schlecht bis gar nicht umgesetzt. Viel zu oft rät man betroffenen Familien, ihre Kinder doch besser in spezialisierten Einrichtungen unterzubringen, oder es wird einfach die Aufnahme verweigert, weil es zu kompliziert oder zu kostenintensiv sei, den Schulbetrieb auch auf behinderte Kinder anzupassen. Hier braucht es weitreichendere Änderungen und auch eine klare Kante gegen die Politik im Freistaat, damit die UNBRK endlich umgesetzt wird. München könnte sich zumindest an den städtischen Schulen als Vorreiter einer echten Inklusion etablieren. Diese müssen ohnehin vielerorts dringend saniert und umgerüstet werden. Ein Punkt mehr also, das endlich und unverzüglich anzugehen.

Im Kommunalwahlprogramm der LINKEN steht hierzu u.a.: Aufstockung der Ausstattung mit Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen, um kleinere und inklusive Gruppen zu ermöglichen; Ausweitung des sozialpädagogischen und schulpsychologischen Betreuungsangebots insbesondere an den Berufsschulen

Förderung und Unterstützung inklusiver Wohnformen ohne bürokratische Hemmnisse

Eine Selbstverständlichkeit. Weniger Bürokratie und Hürden wären sowieso grundsätzlich für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Handicap wichtig.

Neue Arbeitsangebote für Menschen mit Behinderungen bei der Stadt München

Es ist ohnehin ein Skandal, dass die Stadtverwaltung sich nicht den Hut aufsetzt und vorangeht. Möglicherweise muss man hier sogar Quoten ansetzen, um das Grundrecht auf Arbeit durchzusetzen, gerade bei den städtischen Behörden, auf die die Stadt ja Zugriff hat. Ich weiß von Fällen, wo – trotz Gleichstellungsgebotes – Menschen mit Behinderung explizit abgelehnt wurden, weil deren Integration in den Betrieb zu aufwändig sei. Als Stadtrat würde ich jeden einzelnen dieser Fälle thematisieren und skandalisieren. Bei diesem Punkt würde ich auch noch anregen, dass bei

derartigen Jobs unbedingt auf eine leichte und verständliche Sprache geachtet werden muss, damit ALLE Arten von Behinderungen in den Arbeitsalltag inkludiert werden können. Hierzu aus dem Kommunalwahlprogramm der LINKEN:

„Wir fordern:

- städtische Aufträge nur an Unternehmen, die städtischen sozialen und ökologischen Kriterien entsprechen. Dazu gehören u.a. Tarifverträge, Angebot von Ausbildungsplätzen, Erfüllung der rechtlich festgelegten Schwerbehindertenquote, Existenz einer betrieblichen Interessenvertretung (z.B. Betriebsrat) und faire Lieferketten“
- anonymisierte Bewerbungsverfahren in Stadt und städtischen Unternehmen, um Chancengleichheit zu gewähren
- Entwicklung von Inklusionskonzepten für die Integration von Menschen mit Einschränkungen in den ersten Arbeitsmarkt in enger Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und Umsetzung der UN-Behindertenrechts-konvention

Ein Haus für Münchner Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen als Austausch und Eigeninitiativ-Zentrum

Als Kulturschaffender und jemand der jahrelang mit Geflüchteten Projekte entwickelt hat (bei denen es übrigens auch einen beachtlichen Prozentsatz an Menschen mit Beeinträchtigungen gibt, teilweise auch mit psychischen Problemen) weiß ich um die Strahlkraft von Orten der Begegnung. Auch im Kommunalwahlprogramm der LINKEN steht das so: „Schaffung eines Begegnungszentrums für Menschen mit Handicap“. Das Bellevue di Monaco macht es vor (wenngleich der inklusive Umbau leider gehörig daneben ging). So ein Zentrum darf aber kein reiner „Behindertentreff“ sein, sondern es muss ein Ort werden, zu dem alle gerne kommen und entspannt kommunizieren und auch feiern können. Eine kostengünstige Gastronomie sollte – ohne Konsumzwang (viele leben von Sozialhilfe und haben kein Geld) – m.E. mit im Angebot sein.

Um sicherzustellen, dass ein derartiges Inklusionszentrum von allen Betroffenen im gleichen Maße angenommen und genutzt werden kann, müsste es auf eine faire Art geleitet werden, z.B. durch einen Rat mit Vertreter*innen verschiedener Gruppen, damit sich alle entsprechend ihren Bedürfnissen und Notwendigkeiten einbringen können und das Prinzip des wechselseitigen solidarischen Umgangs miteinander und die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung gestärkt wird.

Folgende über Euren Forderungskatalog hinausgehende Themen möchte ich noch auf den Tisch

legen: Juristische Beratung und Unterstützung bei Behördenproblemen

Vielleicht in Form einer Ombudsstelle, das genauere Konzept müsste noch erarbeitet werden. Der Bezirk Oberbayern, der für praktisch alle Menschen mit Behinderungen zuständig ist, die in München leben, demütigt und entrechtet nach zahlreichen mir vorliegenden Berichten die Betroffenen immer wieder. Es kann und darf nicht sein, dass sie damit zu Bittstellern werden, wenn sie eigentlich nichts anderes tun, als ihnen gesetzlich verbriefte Rechte einzufordern. Immer wieder ist der Ausweg nur das Hinzuziehen eines Rechtsanwaltes, der zum einen Geld kostet und zum anderen, wegen der komplizierten juristischen Ausgangslage und Rechtsinterpretationen nicht entsprechend weiter helfen kann. Hier sehe ich es als Pflicht der Kommune an, dafür zu sorgen, dass allen (kostenfrei) bei der Durchsetzung ihrer Rechte geholfen wird. Die EUTB-Stellen sind hier wenig hilfreich, vor allem in Bayern. Viele „Berater*innen“ haben wenig bis keine Ahnung. Im VbA sitzt sogar eine Mitarbeiterin des StMAS im Vorstand. Das ist somit alles andere als „unabhängig“. Zudem dürfen die EUTB-Stellen keine rechtliche Beratung anbieten und gerade die wäre am wichtigsten, um gegen unfaire Behörden vorgehen zu können.

Hierzu passen weitere Forderungen aus unserem Kommunalwahlprogramm: „Hilfestellungen bei Behörden erleichtern: Veröffentlichung kommunaler Beschlüsse und Verordnungen in mehreren Sprachen, Leichter Sprache und Blindenschrift“ und „Verstärkte Personalausstattung und Schulungen für einen respektvollen Umgang der Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind für städtische Ämter und Jobcenter“

Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Menschen mit Handicap im Direktorium

Analog zu den Fachstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen oder zur Gleichstellung von Frauen ist eine entsprechende Koordinierungsstelle meiner Auffassung nach sinnvoll, weil sie zum einen direkt dem OB-Büro unterstellt ist und zum anderen explizit die Aufgabe hat, zu überprüfen inwieweit städtische Massnahmen wirklich greifen. Es gibt für mich keinen erkennbaren Grund, warum auf eine solche Stelle bislang verzichtet wird, obwohl es bei der Inklusion noch an massiv vielen Stellen hakt. Auf meine Anregung hin ist auch diese Forderung im Wahlprogramm der LINKEN aufgenommen worden.

Gesundheit barrierefrei gestalten

(aus dem Kommunalwahlprogramm der LINKEN)

Alle, die hier leben, haben einen gleichberechtigten Zugang zu unserem Gesundheitssystem verdient. Armut, unsicherer Aufenthaltsstatus, körperliche oder geistige Einschränkungen, psychische oder Suchterkrankungen sind besondere Risikofaktoren für die individuelle Gesundheit. Gleichzeitig werden Menschen mit diesen Problematiken durch das bestehende Gesundheitssystem besonders ausgegrenzt. Wir wollen das städtische Gesundheitswesen von Barrieren für die Betroffenen befreien und das bestehende Hilfs- und Unterstützungsangebot diskriminierungsfrei ausweiten. Wir fordern:

- barrierefreie Gestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern und Einrichtungen der Altenhilfe
- Anpassung von Untersuchungstechniken und Behandlungsmethoden an die Bedürfnisse von Menschen mit Handicap in allen Fachbereichen
- Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und betreutes Einzelwohnen für Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen durch die öffentliche Hand
- Ausbau und Koordination städtischer psychiatrischer Krisendienste und zeitnahe Vermittlung an freiwillige ambulante Therapieangebote, um stationäre Aufenthalte aus Mangel an Alternativen zu verhindern
- Angebot von Patient*inneninformationen in Leichter Sprache zur Selbstverständlichkeit machen
- bedarfsgerechtere Verteilung der hausärztlichen Versorgung in den Stadtteilen durch Schaffung barrierefreier Gesundheitszentren in den nächsten sechs Jahren

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich die Einschätzung und Beantwortung Eures Forderungskataloges gemeinsam mit der Inklusionsaktivistin Patricia Koller vorgenommen habe, die parteilos (wie ich auch) auf Platz 11 der Liste der LINKEN in München kandidiert.

Ich hoffe, dass ich mich im künftigen Stadtrat an Eurer Seite für die vielen notwendigen Maßnahmen im Bereich Inklusion einsetzen kann und freue mich darauf. Ich verwende den Begriff Inklusion im Übrigen nicht nur für Menschen mit Behinderungen, sondern z.B. auch bei der sogenannten Integration. Die Politik muss begreifen, dass es viele Hemmnisse gibt, welche Bürgerinnen unserer Stadt davon abhalten am städtischen Leben vollständig teilnehmen zu können. Nicht alle der Gründe dafür sind äußerlich gleich sichtbar (das können kulturelle Einschränkungen sein, psychische Krankheiten, kann aber auch sozial bedingte Gründe haben). München muss in diesem Sinn zu einer inklusiven Stadt für wirklich alle werden!

Auszüge aus der Präambel des Kommunalwahlprogramm der LINKEN Münchens:

Die LINKE steht für eine solidarische Stadt: Herkunft, soziale Lage, Geschlecht, Sexualität, Religion oder körperliche Einschränkungen dürfen bei der gesellschaftlichen Teilhabe keine Rolle spielen. München soll Sicherer Hafen für Geflüchtete sein - nicht nur als Lippenbekenntnis. Das städtische Hilfsangebot für sozial Benachteiligte muss ausgeweitet werden und sich an deren Bedürfnissen ausrichten. Wir stehen für eine enge städtische Zusammenarbeit und Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen für Inklusion und im Kampf gegen rechts. (...) Kurz: Wir wollen eine Stadt für alle, von allen und durch alle.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Lechner
parteiloser OB-Kandidat und auf Listenplatz 4 der Linken